

Bilanz 2001
des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
des Deutschen Bundestages

Der 11. September 2001 hat nicht nur von heute auf morgen die Agenda der Weltpolitik verändert, er hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Europapolitik. Die alles menschliche Urteilsvermögen sprengenden terroristischen Anschläge haben unmissverständlich deutlich gemacht, woran es der Europäischen Union noch mangelt, soll sie ein anerkannter und seriöser Akteur auf der Weltbühne sein. Der 11. September hat einen wichtigen Schub sowohl für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der Innen- und Justizpolitik, aber auch im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bewirkt. Der Europaausschuss hat sich mit beiden Aspekten, die für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union so essentiell sind, wie in den Jahren zuvor auch im Jahr 2001 beschäftigt und wird es auch in den kommenden Jahren tun müssen.

Mit großem Engagement hat sich der Europaausschuss im Jahr 2001 dem Prozess der Konstitutionalisierung der Europäischen Union gewidmet. Die Staats- und Regierungschefs hatten in einer Erklärung zum Vertrag von Nizza bekanntlich zu einer Zukunfts- bzw. Verfassungsdiskussion innerhalb der Europäischen Union aufgerufen. Wenn diese Diskussion beim Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs in Laeken am 14. und 15. Dezember 2001 schließlich in der Etablierung eines verfassunggebenden Konvents gipfelte, ist dies maßgeblich dem Einfluss des Europaausschusses zu verdanken. Dieser hat sich über alle Parteigrenzen hinweg gegenüber der Bundesregierung, aber auch im europäischen Rahmen bei der Konferenz der Europaausschüsse in Stockholm massiv für eine starke Parlamentarisierung der Verfassungsdiskussion ausgesprochen. Bereits am 14. März 2001 hatte der Ausschuss durch eine vielbeachtete Anhörung mit Experten den Boden für seine Position vorbereitet. Am 10. Dezember 2001 ist es dem Europaausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit der Europadelegation der französischen Nationalversammlung gelungen, seine Vorstellungen von der Verfassungsdiskussion in einer einstimmig verabschiedeten Entschließung zu verankern. Dieses nachhaltige Engagement des Europaausschusses hat schließlich seinen Niederschlag in den Medien gefunden, wodurch die erforderliche Sensibilisierung der Öffentlichkeit erreicht werden konnte (vgl. Anlage).

Grundlage für diese außerordentlichen Ausschussaktivitäten war die Ratifikation des Vertrags von Nizza, die ebenfalls federführend vom Europaausschuss betrieben wurde. Das Gesetz zum Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001 wurde am 18. Oktober 2001 vom Plenum des Deutschen Bundestages entsprechend der Beschlussempfehlung des Europaausschusses mit zwei Drittel Mehrheit beschlossen. Damit wurde der Weg zur Erweiterung der Europäischen Union und der historischen Wiedervereinigung Europas frei gemacht.

Wichtige inhaltliche Signale sind dem Europaausschuss im Berichtsjahr bezüglich der Erweiterung der Europäischen Union gelungen. In insgesamt vier öffentlichen Anhörungen konnte der Europaausschuss jeweils verschiedene zum Teil äußerst sensible Punkte der EU-Erweiterung thematisieren: Die Auswirkungen der Erweiterung auf die Gemeinsame Agrarpolitik und die Regionen, die wirtschaftlichen Chancen und Herausforderungen der Erweiterung, Fragen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und vor allem – in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Europäische Angelegenheiten des polnischen Sejm in Slubice – Fragen der Auswirkungen der Erweiterung auf die Grenzregionen. Mit diesen Aktivitäten hat der Ausschuss den Versuch unternommen, die mit der Erweiterung in weiten Teilen der Bevölkerung verbundenen Ängste und Befürchtungen ernst zu nehmen.

Der Europaausschuss hat sich aber auch im Berichtsjahr wieder vielfältigen, die Bürger unmittelbar berührenden Themen, wie der Euro-Bargeld-Einführung und dem Schutz der finanziellen Interessen angenommen.

Die europapolitische Bedeutung des Ausschusses wurde wie in der Vergangenheit auch im Jahr 2001 durch eine große Anzahl ausländischer Gäste und Delegationen unterstrichen, die das Gespräch mit dem Europaausschuss gesucht haben. Hinzuweisen ist insofern insbesondere auf die Zusammenkunft des Europaausschusses mit den Ministerpräsidenten von Rumänien, Dr. Adrian Nastase, und von Bulgarien, Herrn Simeon Sakschoburgotski, dem französischen Außenminister Hubert Védrine, dem mazedonischen Verteidigungsminister Dr. Vlado Bučkovski sowie wichtigen Mitgliedern der Europäischen Kommission wie den Kommissaren Barnier, Lamy, Frau Diamantopoulou, Neil Kinnock und Dr. Franz Fischler.

Vor und/oder nach den Europäischen Räten Stockholm (23./24. März 2001), Göteborg (15./16. Juni 2001), Gent (19. Oktober 2001) und Laeken (15./16. Dezember 2001) wurde der

Europaausschuss vom Bundesminister des Auswärtigen unterrichtet und festigte insofern die Praxis der hochrangigen Unterrichtungen über Europäische Räte.

Ein in der Region und darüber hinaus beachtetes Signal gab der Europaausschuss durch seine Schirmherrschaft über ein Friedenskonzert in Belgrad, welches am 21. September 2001 mehrere Tausende Jugendliche versammelte.

Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild der Ausschussaktivitäten:

1. Plenarsitzungen mit europapolitischen Themen

Eine der wichtigen Aufgaben des Europaausschusses besteht darin, die Ergebnisse von Ausschussberatungen in das Plenum des Deutschen Bundestages zu tragen und im Plenum europapolitische Debatten zu wichtigen europäischen Themen, etwa im Vorfeld der Europäischen Räte, zu initiieren.

Auch im Jahr 2001 hat sich das Plenum wiederholt und in steigendem Ausmaß mit europapolitischen Themen befasst. Darin spiegelt sich zugleich die steigende Europäisierung nationaler Politiken wieder.

- 143. Sitzung am 18. Januar 2001: Beratung des Antrags der Fraktion CDU/CSU, Familienzusammenführung sachgerecht regeln – EU-Richtlinienvorschlag ablehnen.
- 144. Sitzung am 19. Januar 2001: Abgabe einer Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates Nizza.
- 152. Sitzung am 15. Februar 2001: Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie: E-Europe: Die europäische Informationsgesellschaft sozial und demokratisch gestalten.
- 155. Sitzung am 8. März 2001: Beratung von Anträgen zur Erweiterung der Europäischen Union.
- 176. Sitzung am 21. Juni 2001: Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Göteborg am 15. und 16. Juni 2001.
- 179. Sitzung am 28. Juni 2001: Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001.

- 183. Sitzung am 6. Juli 2001: Abgabe einer Erklärung zur aktuellen Entwicklung in Südosteuropa und der Lage in Mazedonien.
- 195. Sitzung am 18. Oktober 2001: Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu dem informellen Treffen des Europäischen Rates in Gent am 19. Oktober 2001, Zweite und Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001 und Beratung eines Antrags der Fraktion CDU/CSU, Für ein modernes Wettbewerbs- und Kartellrecht in Europa.
- 198. Sitzung am 8. November 2001: Beratung einer Großen Anfrage zu den Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft innerhalb der Europäischen Union.
- 201. Sitzung am 15. November 2001: Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu den Anträgen zur Erweiterung der Europäischen Union.
- 207. Sitzung am 12. Dezember 2001: Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum Europäischen Rat in Laeken am 14./15. Dezember 2001.

2. EU – Ausschusssitzungen

a) Anzahl der Sitzungen

Der EU-Ausschuss hat seit Beginn der Legislaturperiode 85 Sitzungen (27 Sitzungen im Jahr 2001) durchgeführt und gehört damit zu den sitzungsaktivsten Ausschüssen.

Häufig waren dabei Regierungsmitglieder sowie Staatssekretäre verschiedener Ressorts zugegen. Außerdem hat der EU-Ausschuss auch dieses Jahr wieder regelmäßig Sachverständige zu seinen Sitzungen eingeladen, um seine Mitglieder besser zu informieren, die Grundlage der Debatten zu vertiefen und damit seine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung fundiert erfüllen zu können.

b) Häufigkeit der Anwesenheit von Bundeskanzler, Bundesministern und/oder Staatsministern

Der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, hat viermal an Sitzungen des EU-Ausschusses teilgenommen (am 14. März 2001, am 9. Mai 2001, am 20. Juni 2001 und am 7. November 2001) und zweimal im Obleutegespräch zur Verfügung gestanden. Am 14. März hat er den Ausschuss über die Beratungen des Europäischen Rates von Nizza, den Post-Nizza-

Prozess sowie die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen in diesem Zusammenhang und den Europäischen Rat von Stockholm am 23. /24. März 2001 unterrichtet. Dem vielbeachteten Gespräch mit dem französischen Außenminister Hubert Védrine hat er am 9. Mai 2001 beigewohnt. Am 20. Juni 2001 hat er den Ausschuss über den Europäischen Rat von Göteborg vom 15. /16. Juni 2001 unterrichtet, dessen Vorbereitung er den Obleuten am 28. Mai geschildert hatte, und am 7. November 2001 ein Gespräch mit dem Ausschuss über die Zukunft der Union inklusive Ergebnisse des Sonderrates Gent vom 19. Oktober 2001 geführt. Am 17. Dezember 2001 hat er die Obleute über die Ergebnisse des Europäischen Rates Laeken unterrichtet. Der Bundesminister des Innern, Otto Schily, stand dem Ausschuss zweimal zur Verfügung. Am 27. Juni 2001 hat er den Ausschuss über die EU-Erweiterung im Zusammenhang mit Justiz und Inneres sowie dem Schengen-Acquis und die Gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik der EU unterrichtet, am 17. Oktober 2001 hat er mit dem Ausschuss ein Fachgespräch zur Terrorismusbekämpfung und Inneren Sicherheit innerhalb der Europäischen Union geführt. Der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, stand dem Ausschuss am 4. Juli 2001 zur Unterrichtung über die Finanzierung der Ost-Erweiterung zur Verfügung. Ebenso einmal war die Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, im Ausschuss und hat ihn am 14. November 2001 über Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und Erhöhung der inneren Sicherheit innerhalb der Europäischen Union unterrichtet.

Neben den Bundesministern nahmen regelmäßig auch Staatsminister, Parlamentarische Staatssekretäre, Staatssekretäre und hochrangige Beamte an den Beratungen des Ausschusses teil. So stand der Staatsminister Prof. Dr. Nida-Rümelin (BK) dem Ausschuss am 10. Oktober 2001 zur Berichterstattung der Deutschen Welle in Europa und Kulturarbeit zur Verfügung und am 27. Juni 2001 nahm der Zypernbeauftragte der Bundesregierung, Herr Botschafter Dr. Peter Wittig an der Ausschusssitzung teil. Staatsminister Dr. Zöpel (AA) unterrichtete die Obleute und den Ausschuss regelmäßig über den Stand der Beitrittsverhandlungen sowie über den außerplanmäßigen Europäischen Rat Gand. Er informierte den Ausschuss auch über den EU-Sondergipfel und die Sondersitzungen der Fachräte, die sich mit den Konsequenzen der Terroranschläge in den USA befassten, und über die geplante Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-Einsatz in Mazedonien. Zur ESVP hat der Ausschuss seinen im Jahr 2000 aufgenommenen Dialog mit dem Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums, Walter Kolbow, fortgesetzt.

Die Übersicht zeigt, dass es dem Ausschuss auch im Jahr 2001 gelungen ist, entsprechend seiner verfassungsmäßigen und politischen Bedeutung von der Bundesregierung hochrangig wahrgenommen zu werden.

c) Staatssekretäre Auswärtiges Amt sowie anderer Ressorts und Abteilungsleiter

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Pleuger, oder der Abteilungsleiter MD Dr. Schweppe standen dem Ausschuss beinahe in jeder Sitzung zur Verfügung. Auch die Parlamentarischen Staatssekretäre, Staatssekretäre und Abteilungsleiter der anderen Ressorts, vor allem des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesministeriums der Verteidigung, des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums der Justiz, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, waren häufig im Ausschuss. Sie haben unter anderem über den Stand der Euro-Bargeld-Einführung, die EU-Zusammenarbeit in der Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung, die Terrorismusbekämpfung und Innere Sicherheit innerhalb der Europäischen Union, die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Optionen zur Lösung der Zypernfrage berichtet.

d) Anhörungs- oder sachverständige Personen im Ausschuss

Zur Verbreiterung seiner Informationsbasis und Vorbereitung von Beschlussempfehlungen hat der Ausschuss auch im Berichtszeitraum eine ganze Reihe von Fachgesprächen bzw. Anhörungen mit sachkundigen Personen durchgeführt. Diese Erörterungen haben unmittelbaren Bezug zu den Ausschussberatungsgegenständen und haben teilweise konkreten Eingang in Beschlussempfehlungen des Ausschusses gefunden. Aus der Vielzahl dieser Fachgespräche und Anhörungen seien die öffentlichen Anhörungen zur EU-Erweiterung am 17. Januar, 14. März und 4. April 2001, die öffentliche Anhörung am 14. März 2001 und die Fachgespräche mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments am 7. Februar und 28. März 2001 zur Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union und das Gespräch mit dem französischen Außenminister Hubert Védrine am 9. Mai 2001 besonders hervorgehoben.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Veranstaltungen bzw. Anhörungs- bzw. sachverständige Personen:

- Prof. Dr. Martina Brockmeier vom Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Prof. Dr. Dieter Dräger vom Institut für Ausländische Landwirtschaft Berlin, Prof. Dr. Folkhard Isermeyer vom Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur und ländliche Räume der FAL, Dr. Martin Banse vom Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen, Dr. Friedemann Tetsch, Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft, Dr. Lothar Blatt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Periphere Regionen, und Dr. Franz Fischler, das für Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raumes und Fischerei zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, zum Thema „Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Gemeinsame Agrarpolitik und die Regionen“ (17. Januar 2001);
- Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments, über die Ergebnisse der Regierungskonferenz in Nizza und deren weitere Behandlung (7. Februar 2001);
- Marieluise Beck, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (7. Februar 2001);
- Karin Alleweldt, Abteilung für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik des DGB Bundesvorstandes, Prof. Dr. Kurt Schelter, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des BDI, Dr. Wolfgang Quaiser vom Osteuropa-Institut München, John Hontelez, Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros und Dr. Herbert Brücker vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zum Thema „Wirtschaftliche Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung“ (14. Februar 2001);
- Klaus Bühler, Präsident der Versammlung der WEU und die Mitglieder des Europäischen Parlaments Jannis Sakellariou und Armin Laschet zur parlamentarischen Kontrolle der ESVP (7. März 2001);
- Prof. Dr. Günter Hirsch, Präsident des Bundesgerichtshofes, Prof. Dr. Arthur Benz vom Institut für Politikwissenschaft der Fern-Universität Hagen, Prof. Dr. Stephan Hobe von der Universität zu Köln, Prof. Dr. Peter M. Huber von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. Ingolf Pernice vom Walter-Hallstein-Institut der Humboldt-Universität zu Berlin und Prof. Dr. Wolfgang Wessels von der Universität zu Köln zum Thema „Zur Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union“ (14. März 2001);
- Freimut Duve, Beauftragter der OSZE für die Freiheit der Medien, zur Kulturellen Dimension des Stabilitätspacktes (20. März 2001);
- Jo Leinen, Mitglied des Europäischen Parlaments, zu den Ergebnissen der Regierungskonferenz von Nizza und deren weiteren Behandlung (28. März 2001);

- Dr. Herbert Brückner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Norbert Cyrus, Vorstandsmitglied des Polnischen Sozialrates e.V., Toni Hinterdobler, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, Petra Hinze, Geschäftsführerin der IHK Neubrandenburg, Dr. Elmar Hönekopp vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit und Christoph Kannengießer, Vorsitzender des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit und Mitglied der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zum Thema „EU-Erweiterung und Arbeitnehmerfreizügigkeit“ (4. April 2001);
- Jérôme Vignon von der Europäischen Kommission zur Unterrichtung der Obleute über das Weißbuch zur Governance für die Europäische Union (5. April 2001);
- der französische Außenminister Hubert Védrine (9. Mai 2001);
- Edgar Meiser, Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, zur Unterrichtung des Ausschusses über den Stand der Euro-Bargeld-Einführung (9. Mai 2001);
- Klaus Kröplin, IHK Frankfurt/Oder, Emilian Poplowski, Präsident der westlichen Handelskammer Polens, Volker Kulle, DGB-Kreisvorsitzender Frankfurt/Oder, Irena Boruta, Staatssekretärin beim polnischen Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Eckehart Wache, Leitender Polizeidirektor des Bundesgrenzschutzamtes Frankfurt/Oder und Piotr Stachanczyk, Staatssekretär beim polnischen Minister für Innere Angelegenheiten und Verwaltung (14. Mai 2001);
- Neil Kinnock, Vizepräsident der Kommission und das für die Verwaltungsreform zuständige Mitglied, zum Thema „Verwaltungsreform und Governance-Projekt“ (28. Juni 2001);
- Dr. Adrian Nastase, Ministerpräsident von Rumänien (4. Juli 2001);
- Anna Diamantopoulou, das für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten zuständige Mitglied der Kommission (4. Juli 2001);
- Dr. Vlado Bučkovski, mazedonischer Verteidigungsminister (29. August 2001);
- Erik Bettermann, Intendant der Deutschen Welle, zur Berichterstattung der Deutschen Welle in Europa und Kulturarbeit (10. Oktober 2001)
- Jürgen Storbeck, Direktor von Europol zum Fachgespräch zur Terrorismusbekämpfung und Inneren Sicherheit innerhalb der Europäischen Union (17. Oktober 2001)
- Oberst i.G. Squarr, Militärstab der Europäischen Union, und Dr. Heusgen, Kabinettschef von Dr. Javier Solana Madariaga über die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (7. November 2001)
- Bodo Hombach, Sonder-Koordinator des Stabilitätspaktes für den Balkan (14. November 2001)

e) Öffentliche Sitzungen

Der Ausschuss hat seine Sitzungen wiederholt (sechsmal) öffentlich durchgeführt, dadurch einen Beitrag zur Transparenz geleistet und gezeigt, dass er es mit dem Europa der Bürger ernst meint. Insbesondere die gemeinsamen auswärtigen Sitzungen mit dem Ausschuss für Europäische Integration des Sejm in Slubice am 14. Mai 2001 und der Délégation pour l'Union Européenne in Paris am 10. Dezember 2001 haben entsprechend ihrer historischen Bedeutung in großem Maße Beachtung gefunden.

- Öffentliche Anhörung zum Thema „Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Gemeinsame Agrarpolitik und die Regionen“ (17. Januar 2001);
- Öffentliche Anhörung zum Thema „Wirtschaftliche Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung“ (14. Februar 2001);
- Öffentliche Anhörung zum Thema „Zur Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union“ (14. März 2001);
- Öffentliche Anhörung zum Thema „EU-Erweiterung und Arbeitnehmerfreizügigkeit“ (4. April 2001);
- Gemeinsame öffentliche Sitzung des Europaausschusses mit dem Ausschuss für Europäische Integration des Sejm im Collegium Polonicum, Slubice (14. Mai 2001).
- Gemeinsame öffentliche Sitzung der Europaausschüsse und der auswärtigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages und der Assemblée Nationale in Paris (10. Dezember 2001)

f) Wichtige Beschlussempfehlungen

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat im Jahr 2001 acht Beschlussempfehlungen abgegeben. In jeweils zwei grundlegenden Beschlussempfehlungen hat er sich mit der Erweiterung der Europäischen Union und dem Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001 befasst. Am 4. Juli 2001 hat er in Wahrnehmung seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten an Stelle des Plenums eine wichtige Stellungnahme zur Verfassungsdiskussion abgegeben. Der Ausschuss war damit meinungsbildend für den Deutschen Bundestag und – v.a. bezüglich seiner Beschlusslage zur Zukunft der Europäischen Union – für viele nationale Parlamente in der EU.

Die Beschlussempfehlungen des Ausschusses sind auf seiner Internetseite unter www.bundestag.de/gremien/a22/index.html im Volltext zu finden.

g) Behandelte Dokumente

Im Jahr 2001 hat der Ausschuss 306 Bundestagsdrucksachen, 707 Ratsdokumente und 234 EP-Dokumente, also insgesamt 1.247 Dokumente, behandelt und abschließend beraten. Dabei hat sich der Ausschuss mit mehr als dreimal soviel europäischen wie nationalen Vorlagen beschäftigt. Darüber hinaus befanden sich unter den Bundestagsdrucksachen auch viele Umsetzungsakte europäischer Rechtsetzung.

Auch wenn nicht alle dieser Vorlagen gleichermaßen intensiv beraten werden können, gelingt dem Ausschuss doch immer wieder die schwierige Aufgabe der Konzentration auf die politische bedeutsamen Projekte wie z.B. die Erweiterung und die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union.

3. Außenbeziehungen des Ausschusses

Der Ausschuss hat im Jahr 2001 zur Weiterentwicklung der Beziehungen der Europaausschüsse der Staaten des Weimarer Dreiecks (Bundestag, Assemblée Nationale, Sejm), die im Jahr 2000 eine gemeinsame Konferenz durchgeführt und eine Arbeitsgruppe zu den Chancen und Risiken der Ost-Erweiterung einsetzt hatten, zwei auswärtige Ausschusssitzungen durchgeführt. Damit hat er dem auf exekutiver Seite intensiv geführten Dialog eine vertiefte parlamentarische Zusammenarbeit zur Seite gestellt. In der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Europäische Integration des Sejm wurden im Zuge der Erweiterung auftretende Problemkreise, wie z.B. die Arbeitnehmerfreizügigkeit, besprochen. Mit der gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses und der Délégation de l'Union Européenne in Paris haben deutsche und französische Parlamentarier zum ersten Mal eine gemeinsame Initiative vor einem Europäischen Rat ergriffen und einen Entschließungsantrag verabschiedet.

Die Ausschussarbeit wurde auch im Berichtszeitraum wieder durch Delegationsreisen des Ausschusses, Einzelreisen seiner Mitglieder und Besuche ausländischer Delegationen in Berlin enorm bereichert. Sie verschafften – v.a., aber nicht nur im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie Malta und Zypern - unentbehrliche Informationen aus erster Hand und erlaubten umgekehrt eine frühzeitige In-

formation der Beitrittskandidaten auf parlamentarischer Ebene über wichtige Integrationsprojekte wie die Diskussion über die Zukunft Europas.

Im einzelnen ergibt sich im Berichtszeitraum folgendes Bild:

a) Auswärtige Ausschusssitzungen

- Gemeinsame öffentliche Sitzung des Europaausschusses mit dem Ausschuss für Europäische Integration des Sejm im Collegium Polonicum, Slubice zu den Themen „wirtschaftliche Lage im Grenzgebiet und grenzüberschreitende Kooperation“, „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ und „Innere Sicherheit“ (14. Mai 2001).
- Gemeinsame öffentliche Sitzung der Europaausschüsse und der auswärtigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages und der Assemblée Nationale in Paris zum Thema „Die Zukunft des erweiterten Europas“ (10. Dezember 2001).

b) Delegations- und Einzelreisen

- Am 22. und 23. Januar 2001 nahm der Vorsitzende in Paris u.a. am 24. Treffen französischer und deutscher Chefredakteure in der Regionalpresse teil.
- Vom 25. bis 26. Januar 2001 hielt sich der Vorsitzende zu politischen Gesprächen in Chisinau, Republik Moldau, auf.
- Am 26. und 27. Januar 2001 nahm der Vorsitzende auf Einladung des EastWest Instituts in Bukarest an Gesprächen mit der neuen Regierung Rumäniens teil.
- Vom 29. bis 31. Januar 2001 unternahm der Vorsitzende eine Reise nach Washington.
- Am 31. Januar und 1. Februar 2001 hielt sich der Abg. Prof. Dr. Jürgen Meyer in seiner Funktion als Beauftragter des Deutschen Bundestages zur Erarbeitung einer Charta der Europäischen Grundrechte zu Gesprächen über die Charta in Vilnius auf.
- Am 8. und 9. Februar 2001 reisten die Abg. Günter Gloser und Arnold Vaatz nach Brüssel und nahmen an der zweiten Tagung des Parlamentarischen Forums Europa-Mittelmeer teil.
- Vom 14. bis zum 16. Februar 2001 nahm der Vorsitzende in Moskau an der EU-Rußland-Konferenz teil.
- Vom 1. bis 4. März 2001 reiste die Abg. Gudrun. Roos nach Malta und nahm am „Second Forum of Euro-Mediterranean Women Parliamentarians“ teil.

- Am 3. und 4. März 2001 nahm der Abg. Uwe Hixsch in Kopenhagen an einem Kongress mit dem Titel „Europe after Nice“ teil.
- Am 21. März 2001 hielt sich die Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in Brüssel auf und nahm an einer Anhörung zur Menschenrechtssituation in der Europäischen Union und zur Schaffung des europäischen Raums der Freiheit, Sicherheit und des Rechts teil.
- Vom 2. bis zum 4. Mai 2001 unternahm der Vorsitzende eine Reise nach Zagreb.
- Vom 3. bis zum 5. Mai 2001 reiste der Abg. Michael Roth nach Paris und nahm am 8. Deutsch-Französischen Forum teil.
- Am 5. Mai 2001 nahm der Abg. Prof. Dr. Jürgen Meyer in Paris an einem internationalen Kolloquium zum Thema „EU-Grundrechte-Charta“ teil.
- Vom 22. bis 23. Mai 2001 reiste der Abg. Uwe Hixsch zu einem Gespräch mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion der Grünen im Österreichischen Parlament nach Wien.
- Am 22. und 23. Mai 2001 hielt sich eine aus sieben Mitgliedern bestehende Delegation des Ausschusses in Brüssel auf. Die Mitglieder der Delegation waren Abg. Dr. Klaus Grehn, Abg. Klaus Hofbauer, Abg. Prof. Dr. Jürgen Meyer, Abg. Michael Roth, Abg. Christian Sterzing und Abg. Michael Stübgen.
- Vom 6. bis 7. Juni 2001 reiste die Abg. Hannelore Rösch zu politischen Gesprächen nach Bratislava.
- Vom 11. bis 14. Juni 2001 besuchte eine aus fünf Mitgliedern bestehende Delegation des Ausschusses Italien und Malta. Die Delegation bestand aus dem Vorsitzenden, Abg. Dr. Klaus Grehn, Abg. Prof. Jürgen Meyer, Abg. Gudrun Roos und Abg. Arnold Vaatz.
- Am 18. und 19. Juni 2001 reiste der Abg. Michael Roth nach London und nahm an einer Konferenz aus Anlass des 50. Geburtstages der „British-German Association“ teil.
- Am 29. Juni 2001 reiste der Abg. Prof. Dr. Jürgen Meyer nach Wien zur parlamentarischen Enquete der Grünen zum Thema „Die Zukunft der Union nach Nizza“.
- Am 2. Juli 2001 nahm der Vorsitzende in Salzburg an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Security and Stability in Europe“ im Rahmen des „European Economic Summit 2001“ teil.
- Am 10. und 11. Juli 2001 reisten die Abg. Peter Altmaier, Prof. Dr. Jürgen Meyer und Dietmar Nietan nach Brüssel und nahmen an einer Sitzung des konstitutionellen Ausschusses des EP teil.

- Vom 12. bis 13. Juli 2001 hielt sich der Abg. Prof. Dr. Jürgen Meyer in Budapest auf, wo er an einer internationalen Konferenz zum Thema „Deepening the Enlarged European Union – The IGC 2004 and beyond“ teilnahm.
- Vom 10. bis 13. Juli 2001 hielt sich eine aus sechs Mitgliedern bestehende Delegation des Ausschusses in Athen auf. Die Mitglieder der Delegation waren der Vorsitzende, Abg. Uwe Hixsch, Abg. Winfried Mante, Abg. Holger Ortel, Abg. Christian Sterzing und Abg. Hedi Wegener.
- Am 24. und 25. Oktober 2001 hielt sich eine aus sieben Mitgliedern bestehende Delegation des Ausschusses zur Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung der Europaausschüsse am 10. Dezember 2001 in Paris auf. Die Delegation bestand aus Abg. Peter Altmaier, Abg. Günter Gloser, Abg. Prof. Helmut Haussmann, Abg. Uwe Hixsch, Abg. Peter Hintze, Abg. Gudrun Roos und Abg. Michael Stübgen.
- Vom 24. bis 26. Oktober 2001 reiste der Abg. Klaus Hofbauer zur Erörterung von Fragen der grenzüberschreitenden Verkehrspolitik nach Prag.
- Vom 31. Oktober bis 2. November 2001 unternahm eine aus drei Mitgliedern bestehende Delegation des Ausschusses eine Reise nach Tallin zur Konferenz „Estonia and the European Union: Estonia on its way to a changing Europe“. Die Mitglieder der Delegation waren Abg. Gerd Höfer, Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Abg. Gudrun Roos.
- Vom 24. Oktober bis 4. November 2001 unternahm der Vorsitzende eine Reise nach Usbekistan, Kasachstan und Indien.
- Am 6. und 7. November 2001 nahm der Abg. Arnold Vaatz in Brüssel an einer Konferenz zur parlamentarischen Dimension der ESVP teil.
- Vom 16. bis 18. November 2001 reiste der Vorsitzende nach Moskau und nahm am Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung zum Thema „Russlands Europäische Dimension und weltpolitische Herausforderungen“ teil.
- Am 30. November und 1. Dezember 2001 nahm der Abg. Günter Gloser an der 11. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums teil.

c) Besuche

- Am 7. März 2001 trafen die Ausschussmitglieder mit einer Delegation mazedonischer Parlamentarier zusammen, die sich auf Einladung des Deutschen Bundestages vom 5. bis 9. März 2001 in Berlin aufhielt.

- Am 27. März 2001 gab der Vorsitzende ein Frühstück für eine Delegation südkaukasischer Parlamentarier aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan.
- Am 27. März 2001 trafen die Ausschussmitglieder eine Delegation estnischer Parlamentarier zu Gesprächen über die Auswirkungen und Perspektiven der EU-Erweiterung für Estland.
- Am 2. und 3. April 2001 hospitierten Ülle Madise, Leiterin der Abteilung Öffentliches Recht im estnischen Justizministerium, und Georg Pelisaar, Mitglied des Rechtsausschusses des estnischen Parlaments, im Europaausschuss.
- Am 4. April 2001 trafen die Ausschussmitglieder den slowakischen Parlamentspräsidenten Migaš.
- Am 7. November 2001 traf der Abgeordnete Gloser spanische Europakorrespondenten.
- Am 8. November 2001 trafen die Ausschussmitglieder mit den Beauftragten des belgischen Ministerpräsidenten, Herrn Senator Philippe Mahoux und Herrn Pierre Chevalier, zusammen.
- Am 13. November 2001 trafen die Ausschussmitglieder eine Delegation von deutschen Mitgliedern in den Kabinetten der EU-Kommission.
- Am 15. November 2001 trafen die Ausschussmitglieder eine estnische Delegation.
- Am 26. November 2001 trafen die Obleute und der Vorsitzende den Kommissar der Europäischen Kommission, Herrn Pascal Lamy.
- Am 27. November 2001 Teilnahme von Ausschussmitgliedern an der Podiumsdiskussion „Jugendparlament für Europa“ im Abgeordnetenhaus von Berlin.
- Am 11. Dezember 2001 traf der Vorsitzende eine Delegation slowakischer Parlamentarier.
- Am 13. Dezember 2001 trafen die Ausschussmitglieder den bulgarischen Ministerpräsidenten, Simeon Sakschoburgotski.

4. XXIV. und XXV. Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments (COSAC)

Neben seinen vielfältigen bilateralen Kontakten ist der Europaausschuss auch fest eingebunden in die „Konferenz der Ausschüsse der Gemeinschafts- und Europa-Angelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union“, dem einzigen multilateralen Ausschuss-Forum, das es auf europäischer parlamentarischer Ebene gibt.

Bei der XXIV. COSAC vom 20. bis 22. Mai 2001 in Stockholm war der Deutsche Bundestag durch den Vorsitzenden und die Abgeordneten Günter Gloser, Prof. Jürgen Meyer und Michael Stübgen vertreten. Auf der Tagesordnung standen die schwedische Präsidentschaft, die Erweiterung, die Rolle der nationalen Parlamente und Umweltfragen. Die COSAC beschloss auch auf Initiative des Europaausschusses eine an den Europäischen Rat gerichtete Entschließung zur Zukunft der Europäischen Union, in der eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente bei der Vorbereitung der Regierungskonferenz 2004 gefordert wird.

Bei der XXV. COSAC am 4. und 5. Oktober 2001 in Brüssel war der Deutsche Bundestag durch den Vorsitzenden und den Abg. Prof. Jürgen Meyer vertreten. Auf der Tagesordnung standen die Debatte zur Zukunft der Europäischen Union, die Frage der Beschäftigung, das europäische Sozialmodell und die Verhandlungen innerhalb der WTO, die Lebensmittelsicherheit und die nachhaltige Entwicklung und die gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik.

An diesen Konferenzen nahmen mehr als 110 Parlamentarier aus 28 europäischen Ländern teil.

5. Praktikanten im Europaausschuss

Das Sekretariat des Europaausschusses und dessen Europabüro sind auch im Berichtsjahr begehrte Anlaufstellen für eine stetig wachsende Anzahl von Studenten und Referendaren aus dem In- und Ausland gewesen, die um ein Praktikum im Europaausschuss nachgesucht haben. Im Jahr 2001 handelte es sich dabei um 23 Personen, die – neben Deutschland - aus folgenden Ländern stammen: Frankreich, Spanien, Polen und Ungarn. Neben ihrer aktiven Einbindung in die Ausschussarbeit erhalten diese Praktikanten und Referendare wichtige Einblicke in das praktische Funktionieren des parlamentarischen Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland. Im Falle von Praktikanten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten bewirkt der Aufenthalt im Europaausschuss vielfältige positive Effekte auf die eigenen politischen Systeme.

6. Publikationen

Im Berichtsjahr sind folgende Bände der Schriftenreihe des Europaausschusses erschienen:

- Europaausschuss 2000, 2001
- Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Gemeinsame Agrarpolitik und die Regionen, 2001
- Wirtschaftliche Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung, Öffentliche Anhörung am 14. Februar 2001, 2001
- Erweiterung der Europäischen Union, 2001
- Zur Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union, Öffentliche Anhörung vom 14. März 2001, 2001
- EU-Erweiterung und Arbeitnehmerfreizügigkeit, Öffentliche Anhörung vom 4. April 2001, 2001
- Europapolitische Plenardebatten in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages V (vom 18. Januar 2001 bis zum 28. Juni 2001) , 2001
- Beiträge zur Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union, 2001
- Gemeinsame Sitzung des Europaausschusses mit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration des polnischen Sejm am 16. Mai 2001 in Slubice, 2001
- Der Vertrag von Nizza im Deutschen Bundestag, 2001
- Terrorismusbekämpfung und innere Sicherheit in Europa nach dem 11. September 2001, 2001
- The Charter of Fundamental Rights of the European Union and the work of the Convention, 2001, A collection of documents with an introduction by Jürgen Meyer and Markus Engels

Anlage

**Aktivitäten des Europaausschusses
im Zusammenhang mit der Zukunftsdiskussion
und dem Verfassungs-Konvent**

(Stand: 18. Dezember 2001)

- | | |
|-------------------|--|
| 26. Januar 2001: | 35. Sitzung des Europaausschusses: Millenniumssitzung „Ziele und Zukunft der Europäischen Union“ |
| 14. März 2001: | Öffentliche Anhörung des Europaausschusses „Zur Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union“ |
| 20. März 2001: | Teilnahme Stv. Vorsitzender Abg. Prof. Dr. Meyer an der Post-Nizza-Konferenz des Konstitutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments mit Vertretern der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Beitrittsländer |
| 4. April 2001: | Beschluss des Europaausschusses für die XXIV. COSAC vom 21./22. Mai 2001 in Stockholm „Stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente bei der Vorbereitung der Regierungskonferenz 2004“ |
| 5. April 2001: | Gespräch der Obleute, Berichterstatter und anderer interessierter Abgeordneter des Europaausschusses mit Herrn Jérôme Vignon (Leiter der Task Force Governance bei der Europäischen Kommission) über das Weißbuch zur Governance für die Europäische Union |
| 9. Mai 2001: | 69. Sitzung des Europaausschusses (in Anwesenheit des Bundesministers des Auswärtigen, Herrn Joseph Fischer) mit dem französischen Außenminister Hubert Védrine u.a. zur Verfassungsdiskussion |
| 22. Mai 2001: | Beitrag der XXIV. COSAC in Stockholm an den Europäischen Rat |
| 22./23. Mai 2001: | Besuch einer Delegation des Europaausschusses (Abg. Prof. Dr. Meyer, Abg. Roth, Abg. Stübgen, Abg. Hofbauer, Abg. Sterzing, Abg. H. Braun, Abg. Dr. Grehn) bei der Belgischen Ratspräsidentschaft über Fragen der Verfassungsdiskussion |
| 30. Mai 2001: | Schreiben des Vorsitzenden des Europaausschusses an den Bundeskanzler vor dem Europäischen Rat Göteborg am 15./16. Juni 2001 |

20. Juni 2001: 72. Sitzung des Europaausschusses mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Joseph Fischer, u.a. über die Verfassungsdiskussion
28. Juni 2001: 1. Lesung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum Vertrag von Nizza im Deutschen Bundestag (Sten. Bericht der 179. Sitzung)
4. Juli 2001: Plenarersetzender Beschluss des Europaausschusses (BT-Drs. 14/6643)
- 12./13. September 2001: Teilnahme Stv. Vorsitzender Abg. Prof. Dr. Meyer und Abg. Altmaier an der Post-Nizza-Konferenz des Konstitutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments mit Vertretern der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Beitrittsländer
25. September 2001: 77. Sitzung des Europaausschusses zur Ratifikation des Vertrags von Nizza inkl. Zukunftsdiskussion
4. Oktober 2001: Schreiben des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden des Europaausschusses an den Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Joseph Fischer
- 4./5. Oktober 2001: XXV. COSAC Brüssel
10. Oktober 2001: 79. Sitzung des Europaausschusses u.a. zum Sonder-ER Gent am 19.10.2001
10. Oktober 2001: Schreiben des Vorsitzenden des Europaausschusses an Staatsminister Dr. Zöpel
17. Oktober 2001: 80. Sitzung des Europaausschusses: Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zum Vertrag von Nizza (Drs. 14/7172)
18. Oktober 2001: 2. und 3. Lesung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum Vertrag von Nizza im Deutschen Bundestag (Sten. Bericht der 195. Sitzung)
18. Oktober 2001: Schreiben des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden des Europaausschusses an den Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Joseph Fischer
7. November 2001: 82. Sitzung des Europaausschusses: Gespräch mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Joseph Fischer, über die Zukunft der Union inklusive Nachberichterstattung über den Sonder-ER Gent am 19.10.2001

1. Dezember 2001 Sitzung einer COSAC-Arbeitsgruppe zum ER Laeken in Brüssel (Abg. Nietan)
10. Dezember 2001: Gemeinsame Sitzung der Europaausschüsse und Auswärtigen Ausschüsse des Assemblée Nationale und des DBT in Paris
17. Dezember 2001 Unterrichtung der Obleute und Berichterstatter durch den Bundesminister des Auswärtigen über den ER Laeken
30. Januar 2002: Öffentliche Anhörung des Europaausschusses „Zur Verfassungsdiskussion mit Experten und Praktikern aus den EU-Mitglieds- und den Beitrittsländern“